

Sächsische Elbzeitung

Tageblatt für die

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadtgrosche Nr. 12 — Ostfälische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 33 327

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Sächsische Schweiz

Tageszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiechhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostrau, Porsdorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtsdorf, Schmilla, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hieke, Inh. Walter Hieke Verantwortlich: A. Rohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7zeilige 35 mm breite Petitzeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Kellamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbelle“, „Das Leben im Bild“

Nichterheinen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 256

Bad Schandau, Mittwoch, den 2. November 1927

71. Jahrgang

Für eilige Leser.

* Dem Vernehmen nach will die Reichsregierung die Schaffung eines Reichskommissariats für Reparationen beschließen, das die Abwicklung der Geschäfte mit dem Reparationsagenten erleichtern soll.

* Der bekannte Kunstflieger Plautz ist in Dessau tödlich verunglückt.

* Rußland hat seine Vertreter zur Teilnahme an der vorbereitenden Abrüstungskommission in Genf angemeldet.

Erziehung zum Staat.

Je mehr man sich dem Wahlkampf nähert, desto eifriger bemühen sich Parteien und Parteiführer, dasjenige zu finden, was man im politischen Leben eine Wahlparole nennt. Man ist jetzt noch reichlich in Verlegenheit; denn man weiß aus langjähriger Erfahrung, daß gerade im deutschen Volk die Wahlmüdigkeit eine weitverbreitete Krankheit ist, die nur durch eine recht schlagkräftige Wahlparole, nur bei einer besonderen Gelegenheit überwunden werden kann. Die Tatsache, daß solche Wahlmüdigkeit vorhanden ist, ist an sich beklagenswert, mögen für sie auch noch so viel berechtigte oder unberechtigte Gründe eine ziemlich fadenscheinige Erklärung abgeben. Denn in einem Staat, der sich selbst regiert, regiert auch das Volk und es muß die Formen nutzen, die es selbst sich gab und in denen es regiert. Die Wahrnehmung des Wahlrechts ist der Ausdruck dafür, daß die Erziehung zum Staat wenigstens den ersten Schritt getan hat, und es stand darum jenseits jeder parteipolitischen Einschränkung, berührte die Schmerzen und Wünsche einer jeden Partei, wenn Reichstanzler Dr. Marx in einer Rede in M.-Gladbach einmal das Problem der Erziehung zum Staat zum Gegenstand seiner Ausführungen wählte.

Erziehung zum Staat ist nicht etwa zu verwechseln mit der Vermittlung staatsbürgerlicher, verfassungsrechtlicher, historischer, politischer Kenntnisse, sondern ist vor allem Willens-erziehung, ist Erregung des Verantwortungsbewußtseins als Staatsbürger bis zur praktischen Betätigung dieses Bewußtseins. Voraussetzung für diese staatsbürgerliche Erziehung ist, wie Marx sagte, die „Vermittlung und Vertiefung unanfechtbarer Erkenntnisse über die realen Staatsnotwendigkeiten“. Die Ansichten über das, was für den Staat notwendig ist, werden allerdings immer auseinandergehen wie die Meinungen darüber, ob die vermittelte Erkenntnis anfechtbar oder unanfechtbar ist. Aber schließlich ist jedes Menschenwissen ein Stückwerk, nur muß der Wille vorhanden sein, es auszubauen und die Verantwortung dafür praktisch zu übernehmen, so gut oder so schlecht die Erkenntnis sein mag.

Es gibt in Deutschland noch kleine Kreise, die das Wesen des Staates von heute bekämpfen — der Kampf geht immer noch um die Staatsform. Wenn bei diesem Kampf der zweite Wunsch, den Dr. Marx zum Ausdruck brachte und der zugleich auch der zweite Schritt auf dem Wege der Erziehung zum Staat ist, nämlich die Milde- rung der politischen Kampfsitten, die Erziehung zur Achtung vor der gegnerischen Überzeugung als Grundlage des Kampfes erreicht werden würde, so leitet das schon zu dem letzten Ziel hinüber, das die eigentliche Aufgabe jener Erziehung zum Staat ist: es ist der Wille zur Erhaltung des nationalen Staates in seiner Einigkeit und Geschlossenheit als jener Lebensform, die sich das deutsche Volk in jahrhundertlangem Kampfe errungen und gerade in letzter Zeit nur mühsam erhalten hat. Des Deutschen größter Fehler ist, daß nur allzuoft bei ihm diese bei anderen Völkern selbstverständliche Erkenntnis nur sehr mangelhaft entwickelt ist und ebensooft die Wahrung dringender nationaler Lebensnotwendigkeiten viel zu engen parteipolitischen Interessen geopfert wird. Aber der Staat, die Nation — sie ist doch das Ganze, die Partei aber nur ein Teil des Volkes! Selbstbestimmung und Selbstverantwortung — darin muß man dem Reichstanzler unbedingt zustimmen — kann aber nur auf dem Boden dieser Erkenntnis entstehen.

Nicht immer werden in Wahlzeiten aber die letzten und höchsten Schicksalsfragen einer Nation entschieden und man mag vielleicht der Meinung sein, daß es sich öfter dabei um sehr eigenartige Probleme einzelner Klassen, Stände oder Parteien handelt. Unendlich schwierig ist es dann, gegeneinander abzuwägen, was dem Sonderinteresse zu gewähren ist, ohne gegen das Allgemeininteresse zu verstoßen. Solch ein Urteil — mag es richtig werden oder falsch bleiben — hat aber auch seinerseits wieder als Voraussetzung den Willen, unbedingt das Wohl des Ganzen über das Sonderinteresse von Partei, Stand oder Klasse zu erheben. Selbst daran fehlt es immer und immer wieder, wenn es sich selbst nur darum handelt, durch Stimmabgabe ein solches Urteil zu fällen.

Erziehung zum Staat ist also Erweckung des Gefühls der Verantwortung, die der Staat-

Vor wichtigen Beschlüssen

Reichskabinett und Reparationsfrage

Schaffung eines Reparationskommissariats

Das Reichskabinett wird in den nächsten Tagen wieder zu einer Sitzung zusammenzutreten, nachdem Reichstanzler Dr. Marx von seiner Rheinlandreise und Reichsaußenminister Dr. Stresemann aus Dresden wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen sein werden. Neben laufenden Angelegenheiten wird sich das Reichskabinett mit der Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen beschäftigen, die schon vor längerer Zeit abgebrochen worden sind, da in der Frage des sogenannten Niederlassungsrechtes der Deutschen in Polen und der Einfuhr polnischer Erzeugnisse nach Deutschland, insbesondere von Schweinen und Kohlen, damals keine Einigung erzielt werden konnte. Wie es heißt, soll in der Frage des Niederlassungsrechtes bereits eine Annäherung zwischen den Deutschen und der polnischen Auffassung zu verzeichnen sein und auch der Kohlenexport soll seinen Schwierigkeiten mehr unterliegen, da Polen für seinen Kohlenüberfluß inzwischen ein Absatzgebiet in der Tschechoslowakei gefunden hat, während die Höhe der Schweineausfuhr nach Deutschland noch immer stark umstritten ist.

Die wichtigste Entscheidung, die das Reichskabinett in den nächsten Tagen zu treffen haben wird, wird seine Antwort auf die Denkschrift des Reparationsagenten Parker Gilbert sein. Diese Antwort soll jetzt erteilt werden, nachdem die mündlichen Verhandlungen zwischen dem Reichsfinanzminister, dem Reichsaußenminister und dem Reparationsagenten über die letzten Ausstellungen Parker Gilberts zum Ausgabenetat des Reiches beendet worden sind. Als ein Ergebnis der letzten Verhandlungen zwischen den Reichsstellen und dem Reparationsagenten scheint die Schaffung der Stelle eines besonderen Reichskommissariats für Reparationen herauszufallen. Dieser Reparationskommissar soll vor allem die Aufgabe haben, den Verkehr mit dem Reparationsagenten zu beforschen und eine enge Fühlungnahme zwischen den drei hauptsächlich an der Reparationsfrage beteiligten Reichsministerien, also dem Reichsfinanzministerium, dem auswärtigen Amt und dem Reichswirtschaftsministerium, herzustellen.

Für den Posten des Reparationskommissars wird bereits ein erstinständiger Kandidat genannt. Es handelt sich um den früheren Staatssekretär Bergmann, der sich während seiner Tätigkeit in Paris und in Berlin mit Reparationsfragen befaßt hat. Dr. Bergmann würde dann wieder in den aktiven Reichsdienst zurückkehren.

vurger dem Ganzen gegenüber nicht bloß dunkel zu empfinden, sondern klar zu entwickeln, vor allem aber praktisch zu betätigen hat. So manches Mal ist schon empfohlen worden, an die Stelle des Wahlrechts die Wahlpflicht zu setzen, — aber das wäre keine Erziehung zum Staat, sondern nur ein Beweis dafür, daß ein Volk nicht oder nicht mehr bereit oder fähig ist, seine Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen.

Ideal der Volksgemeinschaft.

In seiner Rede in M.-Gladbach, in der er sich mit staatspolitischen Fragen beschäftigte, gab Dr. Marx seine Meinung dahin Ausdruck, daß politischer Kampf sein müsse, aber er müsse auf der Achtung vor der gegnerischen Überzeugung gegründet sein. Mit wärmster Zuerstreckung sprach Reichstanzler Dr. Marx die Erwartung aus, daß das deutsche Volk, das in den letzten Jahren so außerordentlich Großes für seinen politischen, wirtschaftlichen und geistigen Neubau geleistet habe, auch diese zum Ideal der Volksgemeinschaft führende innere Erneuerung, eine wahrhaft staatsbürgerliche Einstellung sich erkämpfen werde. Und vor allem müsse die Jugend, auf der Deutschlands Zukunftshoffnungen ruhen, dieses hohe Ziel des einigen Nationalstaates, der sich auf gegenseitiger Achtung der Volksbürger und auf der einmütigen klaren Erkenntnis der staatspolitischen Notwendigkeiten aufbaue, mit allen Kräften zu erreichen suchen.

Keine Erkrankung des Reichspräsidenten.

Berlin, 1. November. Wie die L.-U. von zuständiger Stelle erfährt, sind die Gerüchte über die Erkrankung des Reichspräsidenten von Hindenburg vollständig aus der Luft gegriffen. Der Gesundheitszustand des Reichspräsidenten ist ganz ausgezeichnet.

Berliner Pressestimmen

zur geplanten Ernennung eines Reparationskommissars

Berlin, 2. November. Eine Reihe Morgenblätter nimmt zu der beabsichtigten Ernennung eines Reparationskommissars, der die Verbindung zwischen dem Reparationsagenten und den in Frage kommenden Ministerien vermitteln soll, Stellung. Die tägliche Rundschau weist darauf hin, daß die Einsetzung eines Reichskommissars im Reichsfinanzministerium nach wie vor auf Widerstand stößt. Der Deutschen Tageszeitung erscheint die Notwendigkeit der Schaffung eines solchen Postens überhaupt nicht gegeben. Eine Vereinfachung des Geschäftsganges und eine schärfere Herausarbeitung des Standpunktes der Gesamtregierung, wie sie doch wohl angestrebt würde, würde durch die Schaffung dieser Zwischeninstanz keineswegs mit Sicherheit gewährleistet. Außerdem werde dadurch wieder einmal eine neue Behörde mit allen ihren bekannten Mängeln und Mehrkosten geschaffen. Das Blatt nimmt deshalb an, daß das Reichskabinett in seiner Gesamtheit oder wenigstens Mehrheit den überaus zweifelhaften Nutzen eines besonderen Reichskommissariats für Reparationsfragen anerkennen und, nachdem doch nun einmal die Rationalisierung der Verwaltung das Leitmotiv geworden sei, von der Errichtung dieser neuen Behörde absehen werde. Auch der Börsenkurier glaubt nicht, daß durch die Zwischenhaltung eines Reparationskommissars eine Vereinfachung erreicht werde.

Einigung zwischen Schacht und Reinhold.

Berlin, 2. November. Am Dienstag hat die Besprechung des früheren Reichsfinanzministers Dr. Reinhold mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über die Frage stattgefunden, wie weit die Reichsbank bei der Auflegung der 500 Millionen-Anleihe des Reiches herangezogen und über die Einzelheiten der Anleihe unterrichtet werden ist. Die Beratung war dadurch notwendig geworden, daß Dr. Schacht in seiner Rede vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages erklärt hatte, er sei von der damaligen 5% Reichsanleihe völlig überrascht worden. Wie die Börsische Zeitung hört, hat sich bei der Besprechung bestätigt, daß die Reichsbank vom Dem Bevorsichtigen der Anleihe unterrichtet gewesen ist, wie sie dann ja auch bei der Auflegung der Anleihe die Führung des Anleiheportfolios übernommen hat. Der Tatbestand über die damaligen Verhandlungen zwischen Reichsbank und Reichsfinanzministerium wurde in einem Communiqué festgelegt und von Dr. Schacht und Dr. Reinhold gezeichnet. Es soll alsbald der Öffentlichkeit übergeben werden.

Rußland bei den Abrüstungsberatungen.

Anmeldung der Vertreter.

Bei dem Generalsekretär des Völkerbundes ist von dem russischen Volkstommisär für das Äußere, Tschitscherin, folgende Anmeldung eingelaufen:

Nach Empfang der Note des Völkerbundesrates vom 12. Dezember 1925, in welcher die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken eingeladen wurde, sich in der vorbereitenden Abrüstungskommission vertreten zu lassen, und nach der in dieser Sache gewechselten Korrespondenz war es der Union der S.S.R. nicht möglich, an der Arbeit der vorbereitenden Kommission teilzunehmen, weil diese auf schweizerischem Boden einberufen worden war. Da der Zwischenfall zwischen der Union der S.S.R. und der Schweiz durch das Protokoll vom 14. April gelöst ist, habe ich die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Regierung der Union der S.S.R. bereit ist, an der vorbereiteten Abrüstungskommission teilzunehmen, und Sie bittet, ihr gefälligst den Zeitpunkt der nächsten Zusammenkunft der vorbereitenden Kommission sowie deren Tagungsort bekanntzugeben.

Diese Aenderung im Standpunkt der Sowjetregierung zu den Abrüstungsfragen hat in den politischen Mittelpunkten aller europäischen Staaten große Aufmerksamkeit gefunden, obwohl man darauf vorbereitet war. Rußland hat bereits vorher eine Kommission zur Weltwirtschaftskonferenz nach Genf geschickt und meldet sich selber zu den Abrüstungsbesprechungen an. Der vorbereitende Ausschuss für die Abrüstungsfragen soll am 30. November in Genf zusammenkommen und so weit wie möglich die Arbeiten für die im nächsten Sommer zu erwartende definitive Abrüstungskonferenz fördern. Mit dem Beitritt Rußlands zu den Vorbereitungen fehlt keiner der großen Staaten mehr, da die Vereinigten Staaten an einer Weltregelung der Abrüstungsbeschränkungen mitwirken.